

es werden sich doch sicher noch einige finden. Herr K. wird sicher schon bei der Gestapo in Bielefeld Verbindung aufgenommen haben, auch wird er sich mit Hauptmann Steinecke in Verbindung gesetzt haben. Eine U.k.-Freistellung kommt aber nur in Frage, wenn der Betreffende als Schlüsselkraft im alten Betrieb unbedingt erforderlich ist und nur ganz vordringliche Aufträge zur Ausführung gelangen. Hauptsächlich ausschlaggebend sind der Gestapo auch die Leumundszeugnisse der Partei. Würdest Du mir wohl diesen Liebesdienst erweisen und die erforderlichen Unterlagen schnellstens besorgen, denn die Sache eilt! Sämtliche Unkosten werde ich Dir erstatten. Wenn Du die Zeugnisse hast, setz Dich doch bitte mit Herrn K. in Verbindung, damit dann diese Unterlagen mit der dringlichen Anforderung der Kreishandwerkerschaft und dem Freistellungsantrag von unserem Chef zur Gestapo nach Bielefeld kommen. Paul, es ist sehr ratsam, wenn diese ganzen Unterlagen persönlich nach Bielefeld gebracht werden, sprich doch bitte mal mit K., vielleicht opferst Du die Zeit und fährst nach Bielefeld. Ich werde Dir für Deine Bemühungen dankbar sein. Aber bitte schnell, es eilt!

Die „Endlösung der Judenfrage“ – Deportation und Vernichtung 1941 – 1945

Mitte September 1941 wurde von Hitler die systematische Deportation der im Deutschen Reichsgebiet und im Protektorat lebenden Juden in das Generalgouvernement und die neugebildeten Reichskommissariate Ostland und Ukraine befohlen. Die Richtlinien und die verwaltungstechnische Abwicklung der Transporte bereitete die Abteilung IV B4 des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin vor. Diese Stelle entschied über die Abfahrtszeit und das Ziel eines Transportes, legte die Auswahlkriterien und Anzahl der Personen fest. Die eigentliche Abwicklung der Deportationen vor Ort wurde den Gestapoleitstellen mit ihren Außendienststellen überlassen. Die Länder Lippe, Schaumburg-Lippe und der Regierungsbezirk Minden gehörten zur Gestapo-Außendienststelle Bielefeld, die Richtlinien wie Modalitäten der Abwicklung von der Gestapoleitstelle Münster erhielt.

Die Gestapo Bielefeld zog in die Vorbereitung des Abtransportes die einzelnen Büros bzw. Zweigstellen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Bezirksstelle Bielefeld, zwangsweise mit ein. Für den lippischen Raum waren dies das Büro Detmold und die einzelnen Vertrauensmänner der ehemaligen jüdischen Gemeinden. Zur Information und koordinierten Abwicklung zitierte der Leiter der Bielefelder Gestapo die für die Judenangelegenheiten zuständigen Sachbearbeiter der Landratsämter (für Lippe: Detmold und Lemgo bzw. Brake) in seine Dienststelle, um ihnen ihre Aufgaben darzulegen. Zugewiesen waren vermutlich auch die Kreisleiter der Partei. Eine Eintragung Wedderwilles zur Abwicklung der „Judenevakuierung“ in seinem Notizbuch, die ungefähr vom Winter 1941/42 datieren dürfte, könn-

te ein Beleg dafür sein.

Die Deportationslisten wurden bei der Gestapo Bielefeld anhand ihrer „Judenkartei“ aufgestellt. Seit 1935 hatten die Ortspolizeibehörden der Gestapo sämtliche Zu- und Abwanderungen von Juden und jüdischen „Mischlingen“ in ihrer Gemeinde regelmäßig zu melden. Die Listen wurden durch die Landräte in Detmold und Brake mit den Richtlinien für die einzelnen Transporte an die Bürgermeister als zuständige Ortspolizeibehörden weitergeleitet.

Die jüdischen Gemeinden vor Ort erhielten eine Mitteilung durch die Reichsvereinigung der Juden, Büro Detmold. Sie hatten den Betroffenen ein Rundschreiben mit Hinweisen für die Vorbereitung des Transportes zuzustellen. Darin war in der Regel der Zeitpunkt der Deportation mitgeteilt; außerdem enthielt es Anweisungen zum Verlassen der Wohnungen, zur Abgabe der Wertgegenstände und über das mitzunehmende Gepäck.

Die Landräte und Bürgermeister waren verantwortlich für die Erfassung der „umzusiedelnden“ Juden und den Transport in das Sammellager in Bielefeld. Dort übernahm die Gestapo-Außendienststelle Bielefeld die weitere Abwicklung, wozu die Durchsuchung des Gepäcks und, sofern dieses noch nicht durch die Ortspolizeibehörden geschehen war, die Beschlagnahme von Geld, Wertsachen und persönlichen Dokumenten gehörten.

Die Deportierten wurden zu einem späteren Zeitpunkt in den Karteien der Einwohnermeldebehörden „gelöscht“ mit Vermerken wie „abgemeldet nach unbekannt“ oder „in den Osten“. Im behördlichen Schriftgut wurde die Deportation mit Begriffen wie „Abschiebung“, „Umsiedlung“, „Evakuierung“ oder „Verschickung“ umschrieben. Diese in den Richtlinien verwendeten Bezeichnungen täuschten die Juden lange Zeit über den wirklichen Charakter ihres „Abtransportes“. Dazu dienten auch Maßnahmen wie die Durchführung von Impfungen für die in Schötmar betroffenen Juden.

Die erste Deportation lippischer Juden erfolgte am 13. Dezember 1941. Drei Tage zuvor waren 26 Juden aus Detmold, Schötmar, Lemgo und Oerlinghausen mit einem LKW, der vom Detmolder Büro der Reichsvereinigung der Juden gestellt worden war, nach Bielefeld in das Sammellager „Kyffhäuser“ gebracht worden. Die Jüdin Hedwig Schlamm aus Detmold wurde offensichtlich aus gesundheitlichen Gründen zurück nach Detmold ins jüdische Altersheim Gartenstraße 6 entlassen. (Sie kam später in die Heilanstalt Bendorf-Sayn, wo sich ihre Mutter bereits befand, und wurde von dort Mitte 1942 nach Izbica verschleppt). Von Bielefeld aus wurden ungefähr 400 Juden in Personenwagen dritter Klasse mit der Reichsbahn nach Riga transportiert. Nur ein einziger der 25 Lipper überlebte: Günter Wallhausen aus Schötmar. Er war gemeinsam mit seinen Eltern deportiert worden und wurde sofort nach Ankunft in Riga ins nahegelegene Lager Salaspils gebracht. Nach langer Odyssee durch die Lager, letzte Station war das KZ Stutthof, wanderte er im Mai 1945 nach Schweden und später nach Australien aus. Wallhausen verstarb 1967 in Sydney.

Die zweite Deportation fand am 31. März 1942 statt. Ihr Ziel war das Ghetto in Warschau. Von 325 Juden aus dem Gestapobezirk Bielefeld stammten 34 aus Lippe. Anders als im Dezember durfte das Gewicht des mitgenommenen Gepäcks nur noch 25 statt 50 Kilogramm betragen. Außerdem erfolgten die Transporte von nun an in Viehwaggons. Einige der lippischen Deportierten waren im Ghetto für das Textilunternehmen Schulz im Arbeitsinsatz, das für die Wehrmacht produzierte. Den zahlreichen „Auskämmaktionen“ der SS im Ghetto, die zumeist im 65 Kilometer entfernten Vernichtungslager Treblinka endeten, fielen auch Lipper zum Opfer. Andere, wie der als Arbeiter bei der Firma Schulz tätige Max Kornberg aus Bad Salzuflen, wurden vor der Vernichtung des Ghettos durch die SS (unter Leitung des Detmolders Jürgen Stroop) mit dem Betrieb nach Trawniki verlegt. Sie wurden am 3. November 1943 bei der SS-Aktion „Erntefest“ ermordet. Von den nach Warschau deportierten Lippern überlebte nur Robert Levi aus Schlangen.

Ein weiterer Transport, von dem lippische Juden betroffen waren, läßt sich zu Beginn des Juli 1942 festmachen. In diesem Fall handelte es sich nicht um einen von der Gestapoleitstelle Münster organisierten „regulären“ Transport, sondern vermutlich um die „Auffüllung“ eines Transportes von Berlin, der am 11. Juli 1942 direkt nach Auschwitz in die Vernichtung ging. Betroffen waren neben der dreiköpfigen Familie Grünwald aus Schötmar vier jüdische Frauen aus Bad Salzuflen, Bösingfeld und Silixen. Sie wurden am 8. Juli nach Bielefeld überführt. Niemand von ihnen kehrte zurück.

Die umfangreichste Deportation stellte die nach Theresienstadt vom 31. Juli 1942 dar. 79 Juden aus Lippe, darunter auch Karla Raveh (geb. Frenkel), wurden am 28. Juli mit Omnibussen nach Bielefeld gebracht. Die „Verladung“ der 22 betroffenen Lemgoer Juden auf dem Marktplatz erregte nach einem Bericht der SD-Außenstelle Detmold Aufsehen in der Bevölkerung. Vor allem ältere Bürger der Stadt hätten die Maßnahme „negativ kritisiert“. Von Bielefeld aus erfolgte der Weitertransport drei Tage später vom Güterbahnhof ins Ghetto Theresienstadt (Transport XI/1). Viele der alten Menschen verstarben schon nach wenigen Wochen oder Monaten im Lager, das ausländischen Delegationen des Roten Kreuzes von den Nationalsozialisten als „Musterghetto“ vorgeführt wurde. Andere wurden ab Ende des Jahres 1942 in die Vernichtungslager Maly Trostinec bei Minsk und nach Auschwitz verschoben. Nur 8 der 79 Menschen überlebten.

Juden aus sogenannten „Mischehen“ und „Mischlinge I. Grades“ („Halbjuden“) blieben von den Deportationen bis 1944 verschont. Dann verstärkte das Reichssicherheitshauptamt jedoch seine Bemühungen, die arbeitsfähigen Personen dieser „Kategorien“ zu erfassen und in Zwangsarbeitslagern einzusetzen. Im März und September 1944 ordnete die Bielefelder Gestapo die listenmäßige Erfassung sämtlicher „Mischlinge I. Grades“ an. Mitte September schließlich wurde die Festnahme der jüdischen „Mischehepartner“ und „Mischlinge“ über 14 Jahre und ihre Überführung ins Sammellager „Eintracht“

in Bielefeld verfügt. Die Verhaftungen erfolgten erst am Tage des Abtransportes, dem 19. September 1944, in den frühen Morgenstunden. Mit 10 Kilogramm Gepäck, Arbeitskleidung und Lebensmitteln für drei Tage wurden am Abend von Bielefeld aus rund 180 Personen, darunter 23 aus Lippe, nach Kassel transportiert. Hier erfolgte eine Trennung nach Geschlechtern: die Frauen kamen zu vorwiegend landwirtschaftlichen Arbeiten ins nahegelegene Elben, die Männer in Arbeitslager der Organisation Todt nach Zeitz, Sitzendorf, Tröglitz und Oberloquitz in Thüringen. Mittels Reklamationsanträgen „kriegswichtiger Betriebe“ kehrte eine nicht geringe Zahl schon nach wenigen Wochen in die Heimat zurück.

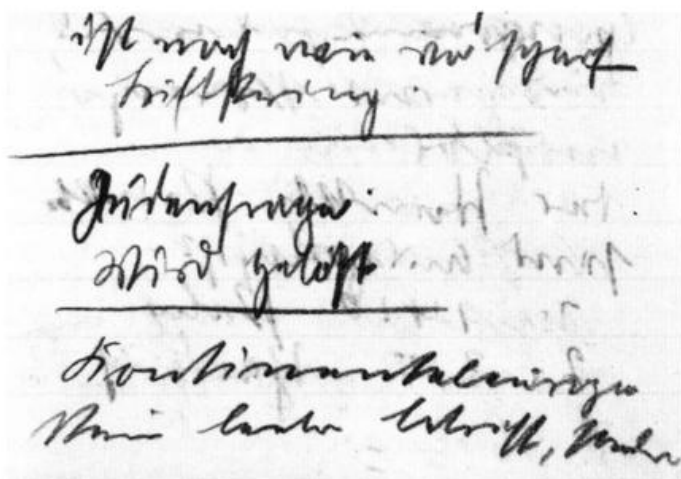
Noch zu Beginn des Jahres 1945 erteilte das Reichssicherheitshauptamt Weisung, alle in Zwangsarbeitslagern beschäftigten Juden und jüdischen „Mischlinge“ nach Theresienstadt zu deportieren. Die Anordnung der Bielefelder Gestapo erfolgte am 8. Februar 1945. Alle im Bezirk noch lebenden Juden und „Halbjuden“ über 16 Jahren sollten mit dem Transport XI/5 über das Sammellager „Hotel Stadt Bremen“ am 13. Februar nach Theresienstadt verbracht werden. Unter den 58 betroffenen Personen aus dem Bezirk stammten 5 aus Lippe. Die geplante Aktion war nicht mehr in vollem Maße zur Ausführung gelangt. Der Eifer der Polizei hielt sich mitunter angesichts des Kriegsverlaufes in Grenzen; andere wie Willy Eichmann aus Schötmar entgingen der Deportation, weil ihnen mutige Ärzte Transportunfähigkeit bescheinigten. Wegen des nahenden Kriegsendes war der Lageraufenthalt nur kurz; wenige Wochen nach ihrer Deportation wurden sie von der Roten Armee befreit.

Einzel-Deportationen lippischer Juden sind nur in wenigen Fällen bekannt. Ein Mitglied der KPD aus Lemgo wurde im Oktober 1942 nach Auschwitz verschleppt. Ein jüdischer „Mischehepartner“ wurde aus dem Bielefelder Gefängnis Anfang Februar 1944 ebenfalls nach Auschwitz transportiert. Eine Jüdin aus Schötmar, die seit Oktober 1941 im Gefängnis in Bielefeld einsaß, überstellten die Behörden ins Frauen-KZ Ravensbrück. Eine geistig behinderte Frau aus Bad Salzuflen, die in der Anstalt Lindenhaus bei Brake gelebt hatte, wurde schon 1940/41 über Wunstorf nach Chelm, 70 Kilometer von Lublin, in eine „Anstalt“ gebracht. Sie alle kehrten nicht zurück.

Nach den Deportationen setzte die Verwertung des hinterlassenen und an das Deutsche Reich verfallenen jüdischen Eigentums, der Wohnungen und des Hausrats, ein. Taxatoren der Finanzämter suchten die versiegelten Wohnungen auf, erstellten Listen der dort vorhandenen Gegenstände und taxierten deren Wert. Die Bürgermeister erhielten eine Durchschrift des Verzeichnisses; ihnen oblag die Versteigerung des Hausrates. Einnahmen über den taxierten Wert hinaus konnten der Gemeindekasse zugute geschrieben werden. Gegenstände aus den „Judenhaushaltungen“ wurden aber auch von den Finanzämtern und anderen Behörden sowie der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) angefordert und kassiert. Ebenso bedienten sich lokale Parteigrößen.

Der freigewordene Wohnraum wurde unter maßgeblicher Beteiligung des Kreisleiters an kinderreiche und politisch

zuverlässige Ehepaare oder Kriegsbeschädigte abgegeben. Vielerorts bewarben sich Bürger im Wissen um die „Umsiedlungsaktionen“ schon Tage zuvor um die „in absehbarer Zeit“ leerstehenden Wohnungen.



Handwritten note in German, likely a note from Kreisleiter Adolf Wedderwille. The text is written in cursive and appears to be a note about the deportation of Jews.

„Judenfrage: wird gelöst.“ Handschriftliche Notiz des Kreisleiters Adolf Wedderwille in seinem Notizbuch, ca. 1941/42

(StA DT L 113 Nr. 1073)

Handschriftliche Notiz des Kreisleiters Wedderwille zur Abwicklung der Deportationen, ca. März 1942
(StA DT L 113 Nr. 1073)

Judenevakuierung. Verfahren Staatspolizei Bargeld wird beschlagnahmt. Dann wird das Haus versiegelt, den Hausrat nach Möglichkeit nicht verkaufen, sondern durch Wirtschaftsämter verteilen lassen. Wohnungen nach Möglichkeit an Kinderreiche abgeben. Die Partei hat sich einzuschalten. Verkauf von Häusern? Alle Werte, Häuser und s. w. auch Stellenbesetzung sollen den Frontsoldaten vorbehalten bleiben. Bei Untersuchungen der jüdischen Frauen braune Schwestern abstellen für die Gestapo.

Schreiben von Moritz Wallhausen und sieben weiterer vom Abtransport betroffener Juden an die Polizeiverwaltung Schötmar, 26. 11. 1941
(Stadtarchiv Bad Salzuflen, Schötmar III. 470.3)

Herr Dr. med. Freudenthal, Bielefeld, hat für die von der Umsiedlung betroffenen Juden die Impftermine in Herford angesetzt.

Die nächste Impfung findet am 29. u. 30. ds. Mts. statt. Erforderlich sind insges. 7 Einspritzungen mindestens. Wann die anderen Impfungen stattfinden, wird jeweils am letzten Impftag bekanntgegeben.

Die Unterzeichneten bitten daher ihnen bis zum 15. 12. 41 eine Bescheinigung dahingehend auszustellen, daß sie nach Herford fahren dürfen. Um Aufsehen zu

vermeiden, ist von Herrn Dr. Freudenthal empfohlen worden, daß die betreffenden nicht zusammen fahren, sondern teils die Reichsbahn, teils die Kleinbahn benutzen. Daher wird gebeten, die Bescheinigung auf beide Verkehrsmittel auszudehnen.

Anweisungen des Landratsamtes Brake für die Deportation nach Riga, 5. 12. 1941
(Stadtarchiv Bad Salzuflen, Schötmar III. 470.3)

Evakuierung von Juden.

Vorgang: Rundschreiben der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeistelle Münster Außendienststelle Bielefeld vom 22. 11. 1941 – II B 3-4209/41 –

Von der Evakuierung werden insgesamt 26 Juden in Lippe betroffen. Die Bezirksstelle Westfalen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland – Büro Detmold – stellt auf ihre Kosten einen größeren Lastkraftwagen. Die Sicherstellung des Fahrzeuges ist von mir im Einvernehmen mit dem Herrn Landrat in Detmold bei dem Fahrbereitschaftsleiter in Detmold bereits veranlasst worden. Der Transport soll am 10. Dezember 1941 um 13 Uhr in Detmold beginnen. Es ist beabsichtigt, außer den elf von Schötmar aus abzuschubenden Juden noch 2 Juden aus Lemgo und 2 Juden aus Oerlinghausen mit dem gleichen Fahrzeug abzutransportieren. Ich nehme Bezug auf die fernmündlich erfolgte Mitteilung meines Sachbearbeiters und setze das dortige Einverständnis zu dieser Regelung voraus. Ich bitte dafür Sorge zu tragen, daß die 11 Juden am 10. Dezember 1941 gegen 14 Uhr pünktlich auf der Polizeiwache in Schötmar dem von mir bestimmten Transportleiter übergeben werden können. Den dortigen Sachbearbeiter bitte ich zu veranlassen, dem Transportleiter in der Polizeiwache in Schötmar die den Juden abgenommenen Wertgegenstände und die vorgeschriebenen in einem Briefumschlag ordnungsmäßig versiegelten Empfangsbescheinigungen auszuhändigen. Für den Weitertransport wird ein Beamter der dortigen Dienststelle nicht benötigt.

Bericht der Schutzpolizei über den Abtransport der Juden aus Schötmar am 10. 12. 1941, 10. 12. 1941
(Stadtarchiv Bad Salzuflen, Schötmar III. 470.3)

Auf Grund vorstehender Verfügung wurden die im beige-fügten Verzeichnis aufgeführten Juden aus dem Stadtgebiet Schötmar abgeschoben. Die durchzuführenden Maßnahmen wurden am 9. 12. bzw. 10. 12. 41 im Sinne obiger Verfügung vorgenommen. Von einer Umquartierung oder Zusammenlegung der zurückbleibenden Juden wurde vorläufig Abstand genommen. Diese Maßnahme ist für einen späteren Termin vorgesehen. Der Abtransport erfolgte mit einem Kraftfahrzeug am 10. 12. 41, um 13.45 Uhr. Die Wertsachen wurden dem Transportführer, Mstr. der Schutzpolizei Schmidt aus Detmold in einem verschlossenen und versiegelten Briefumschlag überge-

ben. Der Abtransport ist störungslos verlaufen. Eine Zweitschrift der Quittungen über abgenommene Wertsachen ist beigelegt.



*Jüdische Männer und Frauen bei der „Verladung“ nach Riga auf dem Bielefelder Bahnhof, 13. 12. 1941
(Stadtarchiv Bielefeld)*

Bericht der SD-Hauptaußenstelle Bielefeld über den Abtransport von 400 Juden aus dem Regierungsbezirk nach Riga, 16. 12. 1941
(StA DT M 11 Nr. 18)

Am Donnerstag, den 11. 12. 41, begann im hiesigen Bereich die Aktion zur Verschickung der ersten jüdischen Familien nach Riga. Gegen 10 Uhr trafen die ersten jüdischen Familien in Bielefeld ein und wurden im Kyffhäusersaal am Kesselbrink untergebracht. Nach zweitägigem Aufenthalt, der zu Durchsuchungen, Gepäckkontrolle u. dgl. benutzt wurde, ging der Transport am Samstag um 15 Uhr ab.

Obwohl diese Aktion von Seiten der Staatspolizei geheim gehalten wurde, hatte sich die Tatsache der Verschickung von Juden doch in allen Bevölkerungskreisen herumgesprochen. Dementsprechend war auch eine Vielzahl von stimmungsmäßigen Äußerungen zu erfassen. Es muß festgestellt werden, daß die Aktion von dem weitaus größten Teil der Bevölkerung begrüßt wurde. Einzeläußerungen war zu entnehmen, daß man den Führer Dank wisse, daß er uns von der Pest des jüdischen Blutes befreie. Ein Arbeiter äußerte z. B. „Das hätte man vor 50 Jahren mit den Juden machen sollen, dann hätte man weder einen Weltkrieg noch den jetzigen Krieg durchste-

hen brauchen.“ Erstaunen zeigte man vielfach in der Bevölkerung, daß man den Juden zum Transport nach dem Bahnhof die gut eingerichteten städt. Verkehrsautobusse zur Verfügung stellte.

Lediglich aus konfessionellen Kreisen wurden, wie bei allen staatlichen Aktionen zur Gewohnheit geworden, ablehnende Stimmen laut. Ja, man ging sogar so weit, diese Aktion zu benutzen, wildeste Gerüchte zu verbreiten. So wurde ausgeführt, die Juden würden alle nach Rußland abgeschoben. Der Transport würde bis Warschau mit Personenwagen durchgeführt, von wo es mit Viehwagen weiter nach Rußland ginge. Der Führer wolle bis zum 15. 1. 42 Meldung haben, daß sich kein Jude mehr in Deutschland aufhalte. In Rußland würden die Juden zu Arbeiten in ehemals sowjetischen Fabriken herangezogen, während die älteren und kranken Juden erschossen würden. Es wäre nicht zu verstehen, daß man mit den Juden so brutal umgehen könne; ob Jude oder Arier, alle wären doch von Gott geschaffene Menschen.

Um die stimmungsmäßigen Auswirkungen ihrer Gerüchte zu erhöhen, wird in konfessionellen Kreisen vielfach davon gesprochen, daß alle Deutschen in Amerika zum Zwecke ihrer Erkenntlichkeit ein Hakenkreuz auf der linken Brustseite tragen müßten. Die Deutschen in Amerika müßten schwer dafür büßen, daß die Juden in Deutschland so schlecht behandelt würden.

Der Bürgermeister von Siekholz an Kreisleiter Wedderwille, 19. 2. 1942
(StA DT L 113 Nr. 959)

Die Gemeinde Siekholz will nun endlich judenfrei werden. Obwohl beim Zuzug der Jüdin Masse die Gemeindevertretung sich seinerzeit gewehrt hat, war doch damals keine gesetzliche Handhabe vorhanden, den Zuzug zu verhindern. Die Gemeinde hatte auch nicht genügend Mittel um das Vorkaufsrecht auf das betr. Grundstück auszuüben. Es waren damals maßgebende Personen in Schieder, die für den Zuzug der Jüdin eintraten und denen es garnicht schnell genug gehen konnte, daß die Juden hier landeten.

Es sind jetzt zwei Familien in die Judenvilla einquartiert worden, obwohl die Jüdin mit ihrem Anhang noch immer da wohnt. Wie das mit den neuen Bestimmungen und mit der Stellung von Führer und Partei zur Judenfrage vereinbar ist, ist uns unverständlich.

Wir bitten deshalb dringend, endlich die notwendigen Maßnahmen zum Abtransport der Jüdin samt ihrem Anhang zu treffen.

Aus der Aussage Robert Levis in der Todeserklärungssache der Familie Wertheim aus Detmold, 13. 7. 1951
(StA DT D 23 Detmold Zg. 99/1986 II 73/51)

Ich kannte die drei Vermißten persönlich sehr gut, da sie mit mir zusammen der mosaischen Gemeinde in Det-

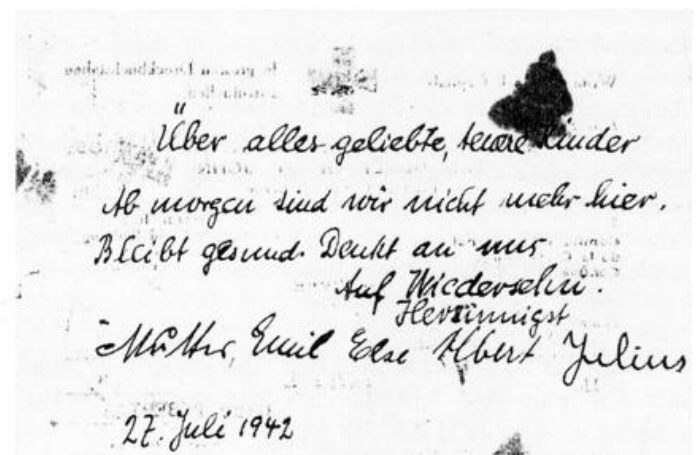
mold angehörten. Am 28. März 1942 bin ich mit den Vermißten zusammen in einem Transport zusammengefaßt worden. Der Transport ging über Bielefeld, Berlin nach Warschau. Der Zug fuhr in Warschau unmittelbar ins Ghetto. Dort wurde der gesamte Transport geschlossen in Quarantäne gebracht. Am 9. 4. 42 kam ich mit einer Kolonne nach Treblinka. Die vermißte Familie Wertheim blieb zurück. Mit mir zusammen kam der Ehemann der vermißten Ilse Johanna Samuel, geb. Wertheim, nach Treblinka. Hier hörte der Samuel, daß seine Frau in einem in der Nachbarschaft gelegenen Lager beschäftigt war. Durch Vermittlung eines SS-Mannes konnten zwischen ihr und ihrem Mann Nachrichten ausgetauscht werden. Als das von der SS-Führung entdeckt wurde, sollten die Beteiligten – wie ich annehme – bestraft werden. Ich habe jedenfalls beobachtet, daß Frau Ilse mit ihrem Mann zusammen in einem Auto weggebracht worden sind. Kurze Zeit darauf hörte ich ein Schreien. Am anderen Morgen kam ein Wachmann und übergab mir ein Taschentuch mit dem Monogramm I.W. Er fragte mich, ob ich diese Frau gekannt hätte. Er erzählte mir, in der vergangenen Nacht seien die Abtransportierten erschlagen worden. Der Ehemann Samuel ist dann auch nicht mehr zurückgekehrt. Auch Ilse Samuel war seitdem verschwunden. Ich habe sie jedenfalls dann nicht mehr gesehen.

Schreiben der Ida Arensberg aus Detmold an ihre Kinder in Chile, 26. 7. 1942
(StA DT D 23 Detmold Zg. 99/1986 Nr. 37/48)

Meine geliebten Kinder:

Obwohl ich noch immer ohne Nachricht von euch bin, ich verstehe das eigentlich garnicht, denn wenn von hier aus Luftpost nach dort geht, müßte es umgekehrt doch auch der Fall sein, schreibe ich euch heute schon wieder, um euch mitzuteilen, daß ich am Dienstag, also den 28. nach Theresienstadt umsiedle. Tante Riekchen lebt schon dort seit Mitte Juni, gehört habe ich aber noch nichts von ihr. Wird die Augen machen und sich freuen, wenn ich ankomme. Es gibt noch ungeheuer viel für mich zu tun, wie ihr euch wohl denken könnt, darum kann ich mich heute nur sehr kurz fassen. Bleibt mir nur gesund, das ist die Hauptsache, ich werde mir die größte Mühe geben, es auch zu bleiben. Wenn ich euch schreiben kann, tue ich es natürlich sofort. Versucht ihr aber doch mal über das Rote Kreuz mir Nachrichten zukommen zu lassen. Von Tante Johanna hatte ich auch erst gestern einen Brief auf diesem Wege. Es geht den Verwandten anscheinend gut. Habt ihr kürzlich auch mal von Trude gehört? Grüßt alle, alle innigst von mir, ich denke soviel an euch und bin glücklich, daß es euch gut geht. Mit der Mama hatte schon sehr lange keinerlei Verbindung mehr, hoffe aber, daß es allen Dreien gut geht. Dieter wird nun schon bald 3 Jahre alt, wie doch die Zeit vergeht. Die Mama hat sicher viel Freude an dem lieben aufgeweckten Kerlchen. Es kann sein, daß ich auch Onkel Hans in Theresienstadt treffe, dann werde ich ihn von euch grüßen und ihm viel

erzählen, ach Kinder, könnten wir es doch bald mündlich. Ich habe so große Sehnsucht nach euch, das dürft ihr mir glauben. Tante Lena hat mir versprochen, euch öfter an meiner statt zu schreiben, sie hat euch wirklich richtig lieb, wenn sie mir nur nicht so schreibfaul wäre. Was für Dusel hat die Frau doch in ihrem Alter noch gehabt, daß sie sich nochmal verheiratet hat. Kurt, wie geht es dir eigentlich, bist du inzwischen etwa auch schon verheiratet? Wie lange habe ich nun nichts mehr von euch gehört. Seid ihr geschäftlich alle drei zufrieden und habt ihr einen netten Freundeskreis? Wie geht es den Geschwistern von Oppes und was machen Löwensteins etc. und Sterns, lieber Kurt? Lieselottens Eltern sind nun auch schon lange fort, hören die Kinder mal von ihnen? Lieber Kurt, versuche doch mal per Luftpost oder über das Rote Kreuz Adr. Ida Arensberg aus Detmold, Transport Münster (Bielefeld) vom 31. 7. mir Nachricht zukommen zu lassen, und wenn es auch nur 25 Worte sind, so ist es doch ein Lebenszeichen, nach dem ich mich so sehr sehne, denn von Chile aus kann man doch sicher auf irgendeine Weise schreiben, entweder per Luftpost oder Rotes Kreuz. Ich kann nicht mehr, bin zu müde, es ist schon 2 Uhr nachts, am Tage hatte ich keine Zeit zum Schreiben. Ich küsse euch innig und bitte euch, doch zu versuchen, wie ihr mit mir in Verbindung bleiben könnt. Meine ganzen Bekannten von hier fahren mit mir zusammen. Lebt wohl und bleibt gesund, ich werde immer für euch beten. Und nun nochmals tausend Küsse eurer so traurigen, aber nicht verzagenden Mutter.



Über alles geliebte, kleine Kinder
Ab morgen sind wir nicht mehr hier.
Bleibt gesund. Denkt an uns
auf Wiedersehen.
Herzinnigst
Mutter Emil Else Albert Julius
27. Juli 1942

Das letzte Lebenszeichen der Familie Sondermann aus Belle: ein Rot-Kreuz-Brief nach Palästina, 27. 6. 1942
(Privatbesitz Gershon Stein, Israel)

Bericht der SD-Außenstelle Detmold an die Hauptaußenstelle Bielefeld über den Abtransport der Juden am 28. 7. 1942, 31. 7. 1942 (StA DT M 11 Nr. 18)

Aus Lemgo wird berichtet, daß der Abtransport der letzten Juden innerhalb der Bevölkerung größeres Aufsehen erregt habe. Die Juden wurden vor ihrem Abtransport auf dem Marktplatz in Lemgo gesammelt. Diese Tatsache gab der Bevölkerung Veranlassung, sich recht zahlreich hierzu auf dem Marktplatz einzufinden. Es konnte beobachtet werden, daß ein großer Teil der älteren Volksgenossen (darunter sollen sich auch Parteigenossen befunden haben) die Maßnahme des Abtransportes der Juden aus Deutschland allgemein negativ kritisiert wurde. Gegen den Abtransport wurde mehr oder weniger offen mit allen möglichen Begründungen Stellung genommen. So wurde gesagt, daß die Juden in Deutschland ja sowieso zum Aussterben verurteilt seien und diese Maßnahmen, die für die Juden eine besondere Härte bedeuteten, sich daher erübrige. Selbst solche Volksgenossen, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit früher ihre nationalsozialistische Gesinnung herausgestellt hätten, hätten in dieser Hinsicht Partei für die Interessen der Juden bzw. der kirchengebundenen Volksgenossen genommen. Innerhalb kirchlichgebundener Kreise wurde geäußert: „Wenn das deutsche Volk nur nicht eines Tages die Strafe Gottes zu gewärtigen hat.“ Nationalsozialistisch gefestigte Volksgenossen versuchen den anders denkenden klarzumachen, daß diese Aktion völlig berechtigt und auch unbedingt notwendig sei. Dem wurde entgegengesetzt, daß die alten Juden uns auch hier nicht mehr schaden können, denn sie täten „keiner Fliege etwas zuleide“. Auch seien sehr viel Juden dabei, die viel Gutes getan hätten und die noch lange nicht so schlecht seien, als die „Weißen Juden“. Diese müsse man dann auch abtransportieren und in ein Lager stecken. Ein bezeichnender Fall der Stellungnahme für die Juden ereignete sich bei dem Abtransport derselben in Sabbenhausen. Hier hatte die Frau des Lehrers Heumann versucht, den Juden Wurst und andere Lebensmittel zu bringen. Nach Mitteilung des Ortsgruppenleiters Schlichting wurde Frau Heumann polizeilich festgenommen. Eine Überprüfung dieses Vorfalls ist eingeleitet und es erfolgt nach genauen Feststellungen weitere Berichterstattung.

Aussage der Irene Hesse über den Abtransport der Juden aus dem jüdischen Altersheim, Gartenstraße 6 in Detmold, vom 28. 7. 1942, 1. 10. 1953 (StA DT D 20 B Zg. Rü 7/52)

Im Juli 1942 wurden die Juden aus dem eben bezeichneten Altersheim in Autobussen abtransportiert und zwar zunächst nach Bielefeld und von da nach Theresienstadt. Bei ihrem Auszug aus der Gartenstraße nahmen sie soviel Kleider mit, wie sie konnten, und zogen sich mehrere übereinander. Ich mußte noch helfen, Taschen machen, damit sie das, was sie mitnehmen wollten, transportieren

konnten. Das waren in erster Linie Lebensmittel. Irgendwelche Einrichtungsgegenstände konnten nicht mitgenommen werden. Ich selbst war übrigens in der Hornschen Straße wohnen geblieben, bin aber täglich in die Gartenstraße gegangen, um den alten Leuten zu helfen. Beim Abtransport aus der Gartenstraße durften auch verschiedene Geräte mitgenommen werden, z.B. Eimer, Schalen, etwas Geschirr, Schöpfkellen u.ä. Wie ich nachher gehört habe, wurden alle diese Sachen vor dem endgültigen Transport von Bielefeld nach dem Osten eingesammelt und in einen besonderen Waggon verladen. Als dann der Transport abging, wurde dieser Waggon mit dem Gerät zurückgelassen.

Aufstellung über den Erlös der in der Judenwohnung Detmold, Gartenstrasse, zum Verkauf gelangten Gegenstände.

Harting, <i>Kipfer</i>	Detmold	10.-	—
Töben,	Bemigshausen	355.-	—
Spehner,	Detmold,	469.-	—
Grötsch,	Detmold	75.-	—
Möller, <i>191</i>	Detmold	130.-	—
Huber,	Detmold,	3.-	—
Branding,	Lage	65.-	—
Laage,	Lage,	62.-	—
Lehmann u. Co.,	Detmold,	35.-	—
Seminar,	Herford,	10.60	—
Stiebrits,	Detmold,	40.-	—
Dr. Schulte, <i>191-1</i>	Wöbbel,	83.-	—
Dr. Siegmund,	Detmold,	1.-	—
Garnjost,	Lage,	41.-	—
Betz,	Detmold,	5.-	—
Kreisleitung NSV.	Herford,	6.-	—
Sieker,	Detmold,	10.-	—
Koeller- Friedrich,	Detmold,	280.-	—
Kottmann, <i>191-1</i>	Detmold,	20.-	—
Rottmann,	Detmold,	5.-	—
Udeking,	Detmold,	20.-	—
Harwig,	Detmold,	50.-	—
Hirt,	Lage,	1.-	—
von Donop,	Wöbbel,	393.50	—
Herford, -Kreisamtstg.	Herford,	—	—
Huermann,	Detmold,	35.-	—
Pabel,	Detmold,	1.-	—
Mari,	Detmold,	0.30	—
Schlier,	Detmold,	35.-	—
Rehmi,	Detmold,	50.-	—
		2. 301.40	—
<u>Zusammenstellung:</u>			
An das Finanzamt sind zu überweisen		2. 000.-	—
Erlös aus sämtlichen Verkäufen		2. 301.40	—
Überschuss:		301.40	—
Detmold, den 12. Oktober 1942.			

Ausbeurteilt.

Aufstellung der veräußerten „Judenmöbel“ aus dem Hause Gartenstraße 6 in Detmold, (StA DT D 106 Detmold A Nr. 342)

Übersicht über die Deportationen aus Lippe 1941 – 1945

DATUM	ZIEL	ANZAHL	ÜBERLEBENDE
		AUS LIPPE	AUS LIPPE
13. 12. 1941	Riga	25	1
31. 3. 1942	Warschau	34	1
8. 7. 1942	Auschwitz	7	0
31. 7. 1942	Theresienstadt	79	8
19. 9. 1944	Elben/Zeitz	23	23
13. 2. 1945	Theresienstadt	5	5
verschiedene	verschiedene	5	0
unbekannt	unbekannt	2	0